

AZB  
CH-8031 Zürich  
P.P. / Journal

Post CH AG

Adressänderungen bitte an:  
GSoA, Postfach, 8031 Zürich  
adressen@gsa.ch

# GSoA GSOA-ZITIG NR. 199

AUGUST 2024

Informationen und Anregungen der Gruppe für eine Schweiz ohne Armee GSoA

## Deine Unterschrift für seine Unterschrift

Damit Bundesrat Cassis endlich den Atomwaffenverbotsvertrag (TPNW) unterzeichnet, braucht es deine Unterschrift für unsere Atomwaffenverbots-Initiative. Diese ist seit Juli lanciert. SEITE 2, 3

## Aufruf gegen Aufrüstung

Das Parlament spart überall, nur nicht bei der Armee. Fakten und Argumente gegen diesen Aufrüstungswahn findest du auf unserer neuen Webseite. SEITE 2, 4

## Kriegsmaterialgesetz und Rüstungslobby

Seit Ausbruch des Krieges in der Ukraine schraubt die Rüstungslobby am Kriegsmaterialgesetz, um neue Profite zu erzielen. Dabei sollen unter dem Deckmantel der Ukraine-Hilfe Waffenexporte nach Saudi-Arabien erlaubt werden. SEITE 5



Du willst dich mit uns für ein Verbot von Atomwaffen einsetzen? Dann komm mit uns Unterschriften sammeln oder beglaubigen (gsa@gsa.ch)

[go.atomwaffenverbot.ch](http://go.atomwaffenverbot.ch)



Liebe Leser\*innen

Der Grund für unsere Atomwaffenverbots-Initiative – dass sich der Bundesrat immer noch weigert, dem TPNW beizutreten – ist schändlich. Erfreulich hingegen ist es zu sehen, wie gross die Unterstützung für die Initiative bereits jetzt ist. Seit Wochen versenden wir Unterschriftenbögen in alle möglichen Ortschaften und auf der Strasse wird einem das Klemmbrett zeitweise fast aus der Hand gerissen. Doch um das Anliegen erfolgreich, medienwirksam und diskursverschiebend auf das politische Parkett zu bringen, sind wir auch auf die aktive Unterstützung von unseren Mitgliedern angewiesen.

In dieser Zeitungsausgabe fokussieren wir denn auch schwerpunktmässig auf das Atomwaffenverbot. So berichten wir von unseren Aktivitäten im Zusammenhang mit der Initiative (Seite 2). Zudem teilen auf Seite 3 der renommierte Autor Bänz Friedli und die GRÜNEN-Politikerin Marionna Schlatter ihre Gedanken zum Atomwaffenverbot mit uns. Der zweite Themenschwerpunkt dieser Ausgabe liegt auf der masslosen Aufrüstung. So stellen wir auf Seite 2 unsere neue Kampagne gegen Aufrüstung vor und untermauern deren Dringlichkeit mit Berichten und Beispielen zu den Armeekosten (Seite 4) und zu Kriegsmaterialexporten (Seite 5). Aber auch internationale Ereignisse beschäftigen uns weiterhin und so widmen wir uns sowohl der katastrophalen Lage im Sudan (Seite 7) als auch verschiedenen Aspekten im Nahost-Konflikt (Seiten 5, 6).

In diesem Sinne wünsche ich viel Lesevergnügen.

Joris Fricker  
für das Redaktionsteam

#### Impressum

**Redaktionsteam:** Andreas Weibel, Fabio Briante, Joris Fricker, Josef Lang, Jonas Heeb, Lukas Bürgi, Martin Parpan, Oger, Pauline Schneider, Roxane Steiger, Timothy Oesch, Tobia Schnebli, Noemi Buzzi

**Cartoons:** Oger | **Gestaltung:** Regula Meili | **Übersetzung:** Catherine Jost | **Druck:** ROPRESS Zürich | **Auflage:** 17'500, mindestens viermal jährlich | **Mitgliederbeitrag (inkl. Zitigs-Abo) Verdienende Fr. 100.–/Nichtverdienende Fr. 50.–** Jahresabonnement GSoA-Zitig: Fr. 20.– PC-Konto: PC 40-37315-5 | **Verlag:** GSoA, Postfach, 8031 Zürich, Telefon 044 273 01 00, E-Mail: gsoa@gsoa.ch, www.gsoa.ch

Leser\*innenbriefe, Lob und Kritik sind willkommen. Die Redaktion behält sich vor, Zusendungen zu kürzen. Bitte melden Sie uns Adressänderungen, falsche und/oder doppelte Adressen. Die Inhalte dieser Zeitung unterstehen der Creative Commons-Lizenz CC BY-ND-NC 4.0. Für nicht-kommerzielle Zwecke können sie mit Quellenangabe frei verwendet werden.

ATOMWAFFENVERBOTS-INITIATIVE

## Fulminanter Start unserer Initiative

**Spätestens seit März, als der Bundesrat dem TPNW eine Abfuhr erteilte, beackern wir die politische Schweiz noch intensiver mit unserem Anliegen: Die Schweiz muss Atomwaffen ächten und sich international für atomare Abrüstung einsetzen.** JORIS FRICKER

Dass die Schweiz dem UNO-Atomwaffenverbotsvertrag (TPNW) noch immer nicht beigetreten ist, bleibt ein politischer Skandal. Um auf diesen aufmerksam zu machen, stellte die GSoA als starker Pfeiler der Atomwaffenverbots-Initiative so einige Events auf die Beine. Vorangegangen war ein Aufruf Ende März. So konnten wir bereits über Tausend Aktivist\*innen gewinnen, die sich lauthals gegen den Entscheid unserer Landesregierung wehrten. Um den Druck aufrechtzuerhalten, aber auch ein breites Publikum zu sensibilisieren, organisierten wir im Mai zwei Filmveranstaltungen in Zürich und Basel. Dabei schauten wir den ersten Teil der Serie «Wendepunkt: Die Bombe und der Kalte Krieg». Dieser hinterliess Eindruck und war vor allem bestärkend im Engagement gegen die zerstörerischsten aller Waffen. Im selben Monat stand zudem noch ein namhaftes Podium

auf dem Programm. Im Käfigturm in Bern tauschten sich Carlo Sommaruga (SP), Marionna Schlatter (GRÜNE), Melanie Mettler (glp) und Urs Rüegg (IPPNW) vor ziemlich vollem Haus zum Atomwaffenverbot aus. Die Genannten sind alle auch Teil des Initiativkomitees. Dieses ist übrigens auch sonst prominent bestückt, so auch mit einer Alt-Bundesrätin: Micheline Calmy-Rey.

#### INITIATIVE OFFIZIELL LANCIERT

Nebst dem Initiativkomitee nahm auch der Initiativtext über die Monate Form an. Nach Prüfung des Textes durch die Bundeskanzlei stand die Veröffentlichung im Bundesblatt bald fest und damit auch die offizielle Lancierung unserer Initiative. Diese verlief schliesslich absolut nach Wunsch: Eine sehr professionelle Pressekonferenz mit hochkarätigen Gäst\*innen

ging der offiziellen Lancierungsaktion voraus. Bei Letzterer inszenierten wir die Gefahr, die von Autokraten ausgeht, wenn diese zu nah am roten Knopf sitzen, sowie Cassis, welcher der ganzen Szenerie daumendrehend zusieht (siehe Titelseite dieser Zeitungsausgabe).

Mit der Lancierung unserer Volksinitiative ist der Druck auf den Bundesrat so hoch wie noch nie. Und auch du kannst den Druck erhöhen: Jede Unterschrift zählt! Hast du und dein Umfeld schon unterschrieben? Hilfst du uns bei der Unterschriftensammlung auf der Strasse? Wir sind dir dankbar für jede Unterstützung.



UNSINNIG.CH

## Aufruf gegen Aufrüstung

**Die Schweizer Sicherheitspolitik steckt mitten in der Aufrüstungsspirale – ungeachtet des wirklichen Sicherheitsgewinns und der Bedrohungslage. Die GSoA legt in einem «Aufruf gegen Aufrüstung» dar, weshalb die Armeemilliarden absurd sind.** JONAS HEEB

Seit Beginn des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine herrscht auch in der Schweiz eine regelrechte Aufrüstungswelle. Die Diskussion rund um die zusätzlichen militärischen Ausgaben ist leider nur ein Teil davon. Die Unterzeichnung des Kaufvertrags für den F-35 trotz laufender Volksinitiative, die Degradierung des Zivildienstes mit einer Gesetzesänderung, die vor wenigen Jahren erst noch abgelehnt wurde oder die Aushöhung der Korrektur-Initiative nach unserem Rückzug sind ebenfalls Beispiele, wie sich die bürgerliche Mehrheit in der Sicherheitspolitik alles erlaubt.

Nachdem das Parlament 2022 die Erhöhung der Armeeaussgaben auf 1% des BIP bis 2030 beschlossen hatte, gab es praktisch an jeder Session weitere Erhöhungen des Militärbudgets. Gleichzeitig lesen wir wöchentlich, dass der Finanzhaushalt so stark unter Druck steht wie schon lange nicht mehr. Leidtragend ist die Entwicklungshilfe, die Arbeitslosenversicherung oder Kitas. Doch wenn es um den Wunschzettel von Armeechef Thomas Süssli geht, ist der Politik keine Milliarde zu schade. Die GSoA zeigt deshalb in einem «Aufruf gegen Aufrüstung» auf, weshalb die masslose und milliardenschwere

Aufrüstung kein Gewinn für die Sicherheit ist und an den realen Bedrohungen vorbeizieht. Im Gegenteil reissen diese horrenden Ausgaben für die Armee riesige Löcher in die Bundesfinanzen, von denen niemand weiss, wie sie finanziert werden sollten. Mit dem Scannen des untenstehenden QR-Codes (oder durch Eintippen des Links) gelangt ihr zur entsprechenden Seite, wo ihr sämtliche Zahlen, Grafiken, Darlegungen und Analysen zum Thema findet. Wir freuen uns, wenn ihr die Seite teilt und den Leuten in eurem Umfeld davon erzählt!

unsinnig.ch



10 JAHRE GRIPEN-ABSTIMMUNG

## Wir würden wieder gewinnen

**Diesen Frühsommer jährte sich die Abstimmung der Gripen-Kampffjets zum zehnten Mal. Auch wenn sich die Umstände seither geändert haben: Auch heute würde eine konkrete Kampffjet-Beschaffung mit grosser Wahrscheinlichkeit an der Urne scheitern.** ANDREAS WEIBEL

Das Gripen-Referendum war ohne Zweifel einer der grössten Erfolge der GSoA. Zur Erinnerung: Der Gripen war als Ersatz für die Tiger-Flotte vorgesehen, das heisst, er wäre zusätzlich zu den F-35 gekauft worden, welche nun die F/A-18 ersetzen sollen. Das bedeutet, dass wir dank unserem engagierten Abstimmungskampf noch viel grössere Ausgaben für die Luftwaffe verhindert haben, als sie nun das VBS plant.

Die Beschaffung der Nachfolge der F/A-18-Flotte wurde 2020 mit einem Zufallsmehr von 50.1 Prozent angenommen. Im Abstimmungskampf betonten die Befürworter\*innen immer wieder, dass die Kosten im Rahmen des normalen Budgets getragen werden könnten. Inzwischen hat sich gezeigt, dass das nicht der Wahrheit entsprach.

#### AKTUELLE UMFRAGEN SIND EINDEUTIG

Auch zwei Jahre nach dem Beginn des völkerrechtswidrigen Angriffs auf die Ukraine kann der Bundesrat keine konkreten Szenarien benennen, in denen teure Tarnkappen-Jets die Sicherheit der Schweiz real erhöhen würden. Klar ist jedoch, dass die finanziellen Ressourcen an zahlreichen anderen Orten fehlen, von der Klimakrise über die Bildung bis zu den Sozialversicherungen.

Gemäss den jährlichen Umfragen der MILAK befürworten derzeit gerade einmal 20 Prozent der Menschen in der Schweiz eine Erhöhung der Armeeaussgaben. Zudem zeigte sich in einer Umfrage der NZZ vom 16. März 2024, dass Einsparungen beim Militär einer von nur zwei mehrheitsfähigen Vorschlägen für die Finanzierung der 13. AHV-Rente ist.

#### DEMOKRATISCHE MITSPRACHE FEHLT

Die Umfrageergebnisse zeigen, wie gross die Kluft zwischen der Aufrüstungspolitik des Parlaments und dem Volkswillen ist. Angesichts existentieller Bedrohungen wie der Klima- und der Biodiversitätskrise müssen die Menschen mitentscheiden können, wie die Prioritäten gesetzt werden. Entgegen allen Versprechungen hat der Bundesrat verhindert, dass die Bevölkerung über den Kauf der F-35 abstimmen kann. Es gibt gute Gründe anzunehmen, dass der F-35 noch weniger Zustimmung als der Gripen bekommen hätte: Das Anforderungsprofil passt überhaupt nicht zu den Anforderungen der Schweiz, die Kosten sind viel höher als ursprünglich angekündigt und kaum jemand hat den Überblick über die zahllosen technischen Probleme und Pannen. Wir bleiben dran.

GASTBEITRAG ZUM ATOMWAFFENVERBOTSVETRAG

## Sicherheit geht nicht ohne nukleare Abrüstung

**Solange Atomwaffen existieren, bleibt die Gefahr eines Einsatzes bestehen. Und ein Einsatz von Atomwaffen hat katastrophale Folgen für Mensch und Umwelt.** MARIONNA SCHLATTER

Solange Atomwaffen als legitimes Mittel der Abschreckung betrachtet werden, werden mehr Länder versuchen, sie zu erwerben. Ein Wettrennen, das globale Spannungen und Unsicherheit erhöht. Die Gefahr von Atomwaffen ist aktuell so gross wie selten zuvor. Viele Staaten im Besitz solcher Waffen sind in Konflikte und Kriege verwickelt, was die Wahrscheinlichkeit einer nuklearen Eskalation erhöht. Die Abschaffung von Massenvernichtungswaffen, insbesondere von Atomwaffen, ist ein zentrales Element einer stabilen und sicheren Weltordnung: die einzige echte Sicherheitsgarantie für die Schweiz.

### AUFRÜSTUNG STATT ABRÜSTUNG

Der Atomwaffenverbotsvertrag («TPNW»: Treaty on the Prohibition of Nuclear Weapons) ist das erste internationale Abkommen, das explizit darauf abzielt, Atomwaffen zu ächten. Er verbietet die Entwicklung, Tests, Produktion, Transfer, Besitz und Einsatz von Atomwaffen sowie die Drohung damit. Er fordert auch Unterstützung für Opfer von Atomwaffeneinsätzen und -tests und stellt somit eine umfassende rechtliche Grundlage für globale nukleare Abrüstung dar.

Die Schweiz hat sich intensiv für den Atomwaffenverbotsvertrag eingesetzt, der 2017 von den Vereinten Nationen verabschiedet wurde

und 2021 in Kraft trat. Die Schweiz stimmte für die Annahme des Vertrags, zusammen mit 121 anderen Staaten. Es folgte eine Motion im Parlament, die den Bundesrat verpflichtete, dem Vertrag beizutreten. Doch der Bundesrat reagierte mit Zögern: Nach jahrelanger Untätigkeit gab er im März dieses Jahres bekannt, dem Vertrag nicht beitreten zu wollen.

### ATOMWAFFENVERBOTSVETRAG «TPNW» VS. ATOMWAFFENSPERRVERTRAG «NPT»

Der Bundesrat begründet seine ablehnende Haltung damit, dass er für die Ziele der nuklearen Rüstungskontrolle auf den Atomwaffen-sperrvertrag («NPT»: Nuclear Non-Proliferation Treaty) setze. Mit dem Atomwaffen-sperrvertrag existiert tatsächlich bereits seit 1970 ein Abrüstungsvertrag, der die Verbreitung von Atomwaffen verhindern will. Der NPT wurde von 191 Staaten unterzeichnet, darunter auch Atomwaffenstaaten wie die USA oder Russland. Mit der Unterzeichnung verpflichten sich Nichtatomwaffenstaaten, auf Atomwaffen zu verzichten, im Gegenzug dazu erklären sich Atomwaffenstaaten dazu bereit, Verhandlungen über die vollständige nukleare Abrüstung zu führen. Das Ziel der vollständigen nuklearen Abrüstung konnte der NPT bislang nicht erreichen. Atomwaffen werden durch den NPT nicht völkerrechtlich verboten. Genau dafür gibt und

braucht es den TPNW, der die vollständige Ächtung für von Atomwaffen und damit verbundener Aktivitäten, zum Beispiel auch die Stationierung, vorsieht.

### TABUBRUCH IM BUNDESRAT

Der Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine rechtfertigt für den Bundesrat nicht nur die mas-

Marionna Schlatter, Nationalrätin GRÜNE



sive Aufrüstung der Armee, sondern auch die Nichtunterzeichnung des TPNW. Dass er damit indirekt Nuklearwaffen legitimiert, ist ein Tabubruch. Und dass er damit die Türen zur Stationierung oder Finanzierung von Nuklearwaffen in der Schweiz ein Stück weit offen lässt, ist ein bedenkliches Signal für die Sicherheit und Neutralität des Landes.

Den Elefanten im Raum, den NATO-Beitritt, möchte der Bundesrat indessen nicht diskutieren. Am Parlament vorbei hat er beschlossen, in Zukunft noch enger mit der NATO zu kooperieren. Auch Rüstungsbeschaffungen sollen koordiniert werden. Dass die NATO als nukleare Allianz ihrerseits wenig Freude an nuklearen Abrüstungsverträgen hat, verwundert wenig. Es ist Ausdruck der Sorge, dass der Vertrag funktioniert.

### WEICHEN RICHTIG STELLEN

Die Nichtunterzeichnung ist nicht nur ein bedenkliches Zeichen an unsere Partnerinnen und Partner, sie ist auch eine Abkehr von der bisherigen Abrüstungspolitik der Schweiz.

Mit der Atomwaffenverbots-Initiative fordern wir, dass die Schweiz dem TPNW beitrifft und wir stellen die Weichen richtig. Wir wollen eine mutige und entschlossene Schweiz in Fragen des Friedens, so wie es unsere humanitäre Tradition verlangt. Jetzt unterschreiben!

*Unter [atomwaffenverbot.ch](http://atomwaffenverbot.ch) oder mittels einer Mail an [info@atomwaffenverbot.ch](mailto:info@atomwaffenverbot.ch) können jederzeit physische Unterschriftenbogen bestellt werden.*

BÄNZ FRIEDLI

## Moment mal, wir haben das noch nicht unterschrieben?!

**Als der Autor und Kabarettist Bänz Friedli erfuhr, dass die Schweiz den Atomwaffenverbotsvertrag noch nicht unterschrieben hat, fiel er aus allen Wolken. In seinem Gastbeitrag erklärt er, warum die Beteiligung der offiziellen Schweiz dabei zentral ist: Für eine Neutralität, die dem Frieden dient – und nicht nur dem Portemonnaie.**

«Das ist jetzt aber nicht euer Ernst?», war meine erste Reaktion, als ich von der Atomwaffenverbots-Initiative vernahm. Sie will den Bundesrat dazu bewegen, dem entsprechenden Vertrag der Vereinten Nationen beizutreten. «Nicht euer Ernst?», fragte ich. Und hätte sagen sollen: «Nicht unser Ernst?» Wie kann es sein, dass unser Land den Atomwaffenverbotsvertrag nicht längst unterzeichnet hat?

Aber ich will der Reihe nach erzählen. Wissen Sie, ich bin als Pazifist aufgewachsen. Friedensbewegt zu sein, fühlte sich einfach gut an. Wir trugen ja auch «Arafat-Tüchli» – so wurde die Kufiya, das Palästinensertuch, damals genannt –, ohne uns dabei gross etwas zu denken, wir verwöhnten Einfamilienhüslidikinder aus der Agglo. Und hefteten uns die Solidarität mit Solidarność mittels Ansteckbuttons an die Secondhand-Militärkuppen. Ohne viel mehr zu wissen, als dass dieser polnische Gewerkschafter Lech Wałęsa doch bestimmt ein aufmüpfiger Chog war. Und obendrein lustig aussah mit seinem Schnauz! In Wahrheit war es komplizierter, und wir hätten überlegen müssen, weshalb Wałęsa auch den Bürgerlichen im Westen so gefiel: weil er gegen den bösen Kommunismus und für die Marktwirtschaft eintrat.

An Ostern und Pfingsten nahmen wir samt «Arafat-Tüchli» und Solidarność-Anstecker an Friedensmärschen teil. Manchmal waren es

auch Märsche gegen das Atomkraftwerk in der Nachbargemeinde Mühleberg. Oder marschierten wir gleichzeitig für den Frieden und gegen die AKW? Ich weiss es nicht mehr genau und wusste es vermutlich auch damals nicht, Anfang der 1980er-Jahre.

Pazifismus war halt gängig, zu Friedenszeiten. Manche Gewissheiten sind mir abhandengekommen, seither. Und wengleich ich im Herzen noch immer finde, Gewalt könne nie die richtige Antwort auf Gewalt sein, haben die Ereignisse der letzten Jahre mich erschüttert. Wolf Biermann, den wir doch in jenen Tagen so verehrten, fordert sehr viel mehr militärische Unterstützung für die Ukraine und legt in Interviews dar, dass Pazifismus Grenzen habe. Ob ich es mir ein Leben lang zu einfach machte mit meinem Schönwetterpazifismus? Verflucht kompliziert, alles.

Nur bezüglich Atomwaffenverbot bin ich mir bombensicher. «Wie die meisten europäischen Länder hat die Schweiz sich entschieden, dem Vertrag nicht beizutreten», lässt das Aussendepartement lapidar verlauten. Als hätte Schweizer Politik sich je vom Vorsatz leiten lassen, «wie die meisten europäischen Länder» zu handeln. Wir doch nicht! Wir, die Besonderen, Besonnenen! Ausgerechnet jetzt sollten wir uns nach anderen Ländern richten? Absurd.

Da betonen sie von links bis rechtsausen

stets, die Neutralität sei unser höchstes Gut. Und dann müssen wir die Landesregierung per Volksinitiative ermuntern, ein Atomwaffenverbot zu unterzeichnen? Mich macht fassungslos, dass sie es nicht längst getan hat. Vielleicht, weil Neutralität ein hübscher Begriff ist, um all die dunklen Interessen zu kaschieren? Wir waren Hitlers Waffenschmiede und sind seitdem Hort aller schmutzigen Gelder sämtlicher üblen Potentaten. Die «Neutralität» erlaubt es steinreichen Kleinstkantonen, russische Oligarchen gewähren zu lassen und hiesige Firmen zu schonen, die im globalen Süden Natur und Menschen ausbeuten. Der unerhörte Profit wird in Baar, Switzerland, geschöpft. Ganz sauber, ganz neutral.

Wofür aber soll ein angeblich ach so neutrales Land sich einsetzen, wenn nicht für den Frieden? Atomwaffen können Landstriche auslöschen, Hunderttausende töten und noch mehr Menschen auf Generationen hinaus krank machen. Neun Länder verfügen über insgesamt 12 500 Atomwaffen – weit mehr, als nötig wären, um alle Lebewesen des Planeten zu vernichten. Dass wir nicht nur den Einsatz solcher Waffen verhindern, sondern nur schon deren Herstellung und Besitz verbieten müssen, ist ja klar.

Falls die Neutralität kein schlechter Witz sein soll, muss sie in erster Linie dem Frieden dienen. Ich werde die Initiative unterschreiben. Ein solcher Vertrag ist eine Selbstverständlichkeit. Alles andere kann nicht unser Ernst sein.



Bänz Friedli (59) ist Schweizer Autor und Kabarettist und mit der GSoA verbunden. So hat er 2022 unseren offenen Brief gegen die absurde Armee-Aufrüstung als eine von vielen Schweizer Persönlichkeiten mitunterzeichnet.

# ARMEE UND AUFRÜSTUNG

## AUFRÜSTUNG

### Alarmismus zwecks Aufrüstung

**Am 5. Juni dieses Jahres wurde die Landung von Kampfflugzeugen auf der Autobahn A1 bei Payerne live im Schweizer-Fernsehen übertragen. Diese Live-Übertragung war der Höhepunkt in der derzeitigen Stimmungsmache für noch mehr Aufrüstung. Die Stimmungsmache läuft auch auf anderen Ebenen.** MARTIN PARPAN

Seit den Kriegsausbrüchen in der Ukraine und im Nahen Osten ist der Ruf der Waffenlobby und ihr nahestehenden Politiker\*innen nach Aufrüstung ein Dauerthema. Während man bei der Entwicklungshilfe spart, soll die «Verteidigungsfähigkeit der Schweizer Armee in allen Wirkungsräumen konsequent gestärkt werden». Der Armee werden derzeit finanzielle Mittel zugesprochen, welche unübersichtliche Konsequenzen haben. Wir alle werden dies zu spüren bekommen. Sei es in Bereichen wie Bildung, Kultur, Infrastruktur oder der Bekämpfung der Klimakrise.

Um dieser Finanzpolitik den Boden zu bereiten, braucht es eine Art «Alarm-Stimmung». Die Bürgerinnen und Bürger sollen sich konkret bedroht fühlen und dazu braucht es die passende Rhetorik. Der SVP-Politiker Werner Salzmann möchte, dass sich die Schweiz auf einen «umfassenden Angriff» und den «Worst Case», also zum Beispiel einen «Bodenangriff» vorbereitet. Begriffe wie «offene Fähigkeitslücken» oder «Wiederherstellung der Wehrfähigkeit» werden inflationär verwendet. Gemäss Armasuisse fehlt der Armee allein im nächsten Jahr eine Milliarde Franken, um in den «Wiederaufbau» der Armee

zu investieren. Die Mitte-Politikerin Andrea Gmür erachtet es als «absolut zwingend», dass wir uns auf einen «Notfall» vorbereiten. Ideen einer gesonderten «Wehrsteuer» werden kolportiert oder es ist die Rede von «Wehranleihen». Die Bevölkerung und Industrie sollen «Rüstungs-Wertpapiere» kaufen können. Jede und jeder soll Teil der Ausrüstungsfinanzierung sein dürfen. Ein einig Volk im Dienste der Aufrüstung.

#### AUCH KINDER MÜSSEN HINHALTEN

Andrea Gmür geht noch einen Schritt weiter, indem sie ihre Kinder ins Spiel bringt: «Die Armee habe zu wenig Munition, zu wenig taugliche Waffen und die Systeme würden an ihr Lebensende kommen. Sie wolle ihre Kinder in einer solchen Situation nicht in den Krieg schicken.» Mit dieser alarmistischen Rhetorik soll bei der Bevölkerung ein Gefühl der Besorgnis heraufbeschworen werden. Auf der einen Seite der

Feind, der jederzeit über uns herfallen kann, auf der anderen Seite die Schweizer-Armee, die «nackt» und «ausgehungert» dasteht. Klar ist, dass Stimmungsmache Teil vom politischen Geschäft ist und in allen Lagern zur politischen Arbeit gehört. Wichtig ist, dass man diese durchschaut und einordnet. An die Adresse von Andrea Gmür haben wir noch einen Ratschlag: Wir finden es gut, dass Sie ihre Kinder nicht in den Krieg schicken wollen. Lassen Sie Ihre Kinder den Wehrdienst verweigern oder Zivildienst leisten. Sie helfen damit Ihren Kindern und der Gesellschaft mehr, als wenn Sie dafür sorgen, dass diese in einer Welt mit noch mehr Rüstungsgütern aufwachsen. Danke dafür.

## ARMEEAUSGABEN

### Für eine transparente Vollkostenrechnung

**Bis 2030 soll die Schweiz 1% des Bruttoinlandprodukt (BIP) für die Armee ausgeben. 2012 zeigte ein umfassender Bericht, dass wenn alle Kosten der Armee berücksichtigt würden, dieses Ziel damals schon erreicht worden wäre. Auch heute dürften die Armeeausgaben ohne buchhalterische Tricks auf ein Prozent des BIP kommen.** JONAS HEEB

Zuerst gilt wieder mal festzuhalten, dass das BIP für einen solchen Vergleich von irgendwelchen Ausgabenposten völlig ungeeignet ist. Es handelt sich um eine volkswirtschaftliche Kennzahl und sagt nichts über den militärischen Bedarf aus. Die Schweiz hat, als wirtschaftlich starkes Land, ein vergleichsweise sehr hohes BIP, das durch die Ansässigkeit von Firmen künstlich aufgebläht. Da ist es klar, dass die Militärausgaben gemessen am BIP eher klein sind. Selbst Finanzministerin Karin Keller-Sutter

bezeichnete das Festmachen dieser Ausgaben am BIP als «fragwürdig». Nimmt man einen anderen Vergleichswert, z.B. die Militärausgaben pro Kopf, so steht die Schweiz im internationalen Vergleich plötzlich viel besser da und vor allem kann von «kaputtgespart» keine Rede sein.

#### REALE KOSTEN VIEL HÖHER

Es ist kein Geheimnis, dass bei der Berechnung der Militärausgaben nicht alle Kosten inbegriffen sind. So werden beispielsweise die

Erwerbsausfallentschädigungen oder die Militärversicherung anders verbucht. 2012 veröffentlichte das VBS einen Bericht mit einer ganzheitlichen Analyse der Kosten. Die Differenz der verbuchten zu den realen Armeeausgaben, lag bei mindestens 3 Milliarden CHF. Einzelne Ökonom\*innen schätzten sie noch höher. Damit betragen die Militärausgaben 2012 mehr als 1% des BIP, es wurde jedoch nicht so benannt. Wenn man schon mit dem BIP internationale Vergleiche anstellt, wäre es gut zu wissen, dass andere Staaten solche Posten, die in der Schweiz ausgeklammert werden, ebenfalls unter den Militärausgaben verbuchen.

Neuere offizielle Zahlen gibt es nicht, das VBS ist aktuell daran, einen aktualisierten Be-

richt zu erarbeiten. Es ist stark davon auszugehen, dass die realen Kosten auch heute mehr als 1% des BIP betragen. Ökonom Reiner Eichenberger schätzt die Vollkosten der Armee auf 8,5 – 9 Milliarden CHF. Ein Prozent des BIP von 2023 wären 7,95 Milliarden CHF.

Es lässt sich also schliessen: Die Schweizer Armee wurde nicht kaputtgespart. Die Kosten steigen seit Jahren. Würde man alle Kosten mit einbeziehen, betragen die Militärausgaben auch heute mit grosser Wahrscheinlichkeit bereits ein Prozent des BIP. Viel eher drohen die durch die Aufrüstung enorm steigenden Armeeausgaben andere Bereiche kaputtsparen zu lassen.

## SICHERHEIT

### Lasst uns die Autobahn wirklich sperren

**Anfang Juni starteten und landeten acht F/A-18-Kampfflugzeuge auf einem Teilstück der Autobahn A1 zwischen Avenches und Payern (VD). Zuletzt hatte die Armee 1991 im Tessin ähnliche Übungen durchgeführt.** NOEMI BUZZI

Nach Angaben der Armee ging es darum, die Fähigkeit der Flugzeuge zu testen, von improvisierten Standorten aus zu operieren, da alle Ressourcen der Luftwaffe derzeit auf drei Militärflugplätze in Payerne, Meiringen und Emmen konzentriert sind. Militärjets fliegen in der Schweiz nur selten, sowohl aus Platzmangel als auch wegen des übermässigen Lärms, den sie verursachen. Diese Seltenheit führte dazu, dass das SRF den Event stundenlang live übertrug – obwohl die Armee immer wieder betonte, dass es sich bei der Übung nicht um einen PR-Stunt handle.

Luftwaffenchef Peter Merz sagte dazu, man wolle der Bevölkerung zeigen, dass die Armee präsent sei und Sicherheit gewährleisten könne. Abgesehen davon, dass nicht klar ist, wie eine 36-stündige Vollsperrung der Autobahn für eine militärische Übung mit bald ausrangierten Kampffjets Sicherheit schaffen soll, bleibt die grundsätzliche Frage: Warum?

Wieso wird der Armee im Jahr 2024, in dem die Bundesfinanzen stark unter Druck stehen, eine solche Bühne zur Verfügung gestellt, nur um Propaganda zu machen und die eigenen Ziele voranzutreiben? Laut Armee und Staatssekretariat für Sicherheitspolitik ist eine militärische Bedrohung durch einen direkten Angriff auf dem Land- oder Luftweg derzeit unwahrscheinlich. Die Übung Alpha Uno ist daher völlig nutzlos, da sie nicht geeignet ist, realen Bedrohungen wie Cyberangriffen, Desinformationskampagnen und Terrorakten zu begegnen.

Die Armee kann es sich leisten, die Autobahn nach Belieben zu sperren, während Autobahnblockaden von Klimaaktivist\*innen für Aufsehen und Ärger sorgen und als kriminelle Handlungen angesehen werden. Wo bleibt die Wut, wenn durch die Klimakrise bedingte Katastrophen wie die in Misox vor mehr als anderthalb Monaten (neben mehreren Toten) einen wichtigen Teil der Autobahn A13 weggerissen haben?

Derzeit wird in der Schweiz eine Verkehrs- und Sicherheitspolitik betrieben, die die Klimaziele zu gefährden droht: Autobahnausbau und Aufrüstung sind nicht mit dem Pariser Abkommen vereinbar. Beide Projekte sind offensichtlich nicht Teil einer nüchternen Analyse der konkreten Bedrohungen. Zudem wird der Auto-

bahnausbau mehr Verkehr, Lärm sowie Luft- und Lichtverschmutzung verursachen (die Parallelen zur F-35 sind nicht zu übersehen). Im November stimmen wir mit dem Autobahnreferendum gegen ein Ausbauprojekt mit budgetierten Kosten von 5,3 Mrd. CHF (ohne Unterhaltskosten). Gut, dass zumindest die F-35 nicht mehr kosten werden als erwartet und die zusätzlichen Kosten nicht von der Allgemeinheit getragen werden müssen (Ende des Sarkasmus).



KRIEGSMATERIALGESETZ

## Jahrzehntelanges bürgerliches Powerplay für Saudi-Arabien

**Saudi-Arabien ist weltweit mit Abstand der grösste Absatzmarkt für Kriegsmaterial – lange Zeit auch für Schweizer Rüstungsgüter. Seit zwei Jahrzehnten spielt sich im Bundeshaus ein Seilziehen zwischen Bürgerlichen und Linken um den Export von Kriegsmaterial an Saudi-Arabien ab, zwischen den Interessen der Rüstungskonzerne und humanitären Werten. Nach linken Erfolgen droht wieder ein Backlash, wie diese Chronologie zeigt.**

ANDREAS WEIBEL

**2004:** Der Bundesrat lehnt eine Motion aus der SP-Fraktion ab, die ein Verbot von Waffenlieferungen nach Saudi-Arabien fordert.

**2006:** Der Bund bewilligt Exportgesuche für eine halbe Milliarde Franken an Saudi-Arabien, Pakistan und Indien. Damit setzt er sich über eine Empfehlung der Geschäftsprüfungskommission des Nationalrats hinweg.

**2006:** Die GSoA lanciert die Volksinitiative für ein Verbot von Kriegsmaterial-Exporten.

**2008:** Der Bundesrat ändert die Kriegsmaterial-Verordnung (KMV) so, dass keine Exportlizenzen mehr möglich wären, wenn «das Bestimmungsland in einen internen oder internationalen bewaffneten Konflikt verwickelt ist» oder «das Bestimmungsland Menschenrechte systematisch und schwerwiegend verletzt».

**2009:** Der Bundesrat stellt fest, dass die Menschenrechtssituation in Saudi-Arabien keine neuen Exportbewilligungen in das Land zulässt. Lieferungen, die auf bereits erteilten Bewilligungen basieren, werden jedoch nicht gestoppt. Bis heute werden deshalb jedes Jahr konstant Munition und Ersatzteile für Millionen von Franken nach Saudi-Arabien exportiert.

**2009:** Die Exportsverbots-Initiative der GSoA wird an der Urne abgelehnt. Zentrales Argument dabei ist, dass die Schweiz dank der Verordnungsänderungen im Jahr zuvor bereits eine genügend starke Regulierung habe.

**2013:** Der Nationalrat nimmt äusserst knapp eine bürgerliche Motion an, welche das Menschenrechtskriterium der KMV so schwächt, dass Exportbewilligungen nach Saudi-Arabien wieder ermöglicht werden.

**2015:** Saudi-Arabien interveniert im Bürgerkrieg in Jemen und begeht zahlreiche Kriegsverbrechen. Aufgrund des Kriteriums der Verwicklung in interne Konflikte in der KMV können keine neuen Exportbewilligungen für Saudi-Arabien mehr ausgestellt werden.

**2016:** Der Bundesrat ändert die KMV so, dass Exporte wieder ermöglicht werden, wenn ein Land

in einen Bürgerkrieg verwickelt ist, der in einem anderen Staatsgebiet stattfindet. Bewilligungen nach Saudi-Arabien sind wieder möglich.

**2017:** Dreizehn Schweizer Rüstungsbetriebe schreiben dem Bundesrat einen gemeinsamen Brief und fordern vom Bundesrat, die Exportkriterien weiter zu lockern.

**2018:** Die Eidgenössische Finanzkontrolle hält in einem Bericht fest, dass den Schweizer Bewilligungsbehörden die kritische Distanz zu den Rüstungsfirmen und deren Lobbyisten fehle und dass die Schweizer Industrie Ausfuhrverbote zwar legal, aber mit allerlei Tricks zu umgehen wisse.

**2018:** Der Bundesrat nimmt die Wünsche der Rüstungsindustrie auf und will die KMV weiter lockern. Nach einem öffentlichen Aufschrei macht der Bundesrat einen Rückzieher.

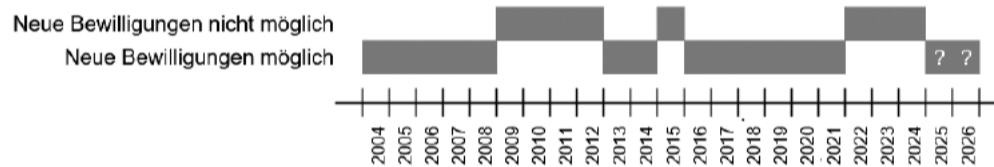
**2018:** Die GSoA, SP und Grüne lancieren in einem breiten Bündnis die Korrekturinitiative, welche die ursprünglichen Exportregulierungen der KMV auf Gesetzesstufe heben und damit den Bundesrat entmachten will.

**2021:** Das Parlament nimmt einen Gegenvorschlag zur Korrekturinitiative an. Die Bürgerlichen versuchen, eine generelle Ausnahme-

klausel einzubauen, welche dem Bundesrat erlaubt hätte, beliebige Exporte im Falle von «nationalen Sicherheitsinteressen» zu genehmigen. Dieser Versuch scheitert jedoch knapp, so dass die Initiative zurückgezogen werden kann. Im Moment werden somit keine neuen Exporte nach Saudi-Arabien bewilligt.

**2024:** Unter dem Deckmantel des Angriffs auf die Ukraine versuchen die Bürgerlichen gleich auf zwei Wegen, neue Bewilligungen nach Saudi-Arabien zu ermöglichen: Einerseits versuchen sie, den oben erwähnten Sicherheits-Blankocheck für den Bundesrat, den sie in den Gegenvorschlag zur Korrekturinitiative einbauen wollten, erneut einzuführen. In den Medien bestätigten Vertreter\*innen der Rüstungsindustrie, dass sie sich dadurch neue Geschäfte mit Saudi-Arabien erhoffen. Es ist gut denkbar, dass wir dagegen das Referendum ergreifen werden müssen.

Ein zweiter Vorstoss ist deutlich perfider: Eine parlamentarische Initiative beabsichtigt, Wiederausporte bereits gelieferter Waffen an die Ukraine zu gestatten. In diese Vorlage haben die Bürgerlichen jedoch mehrere Schlupflöcher eingebaut, welche auch Umgehungsgeschäfte nach Saudi-Arabien ermöglichen würden. Derzeit ist offen, wie sich die verschiedenen Fraktionen im Parlament dazu positionieren werden. Die GSoA wird auf jeden Fall dafür kämpfen, dass der Krieg in der Ukraine nicht missbraucht wird, um Waffenlieferungen an autoritäre Regimes zu vereinfachen.



LUKAS' CYBERKOLUMNE

## Tötungslisten vom Algorithmus

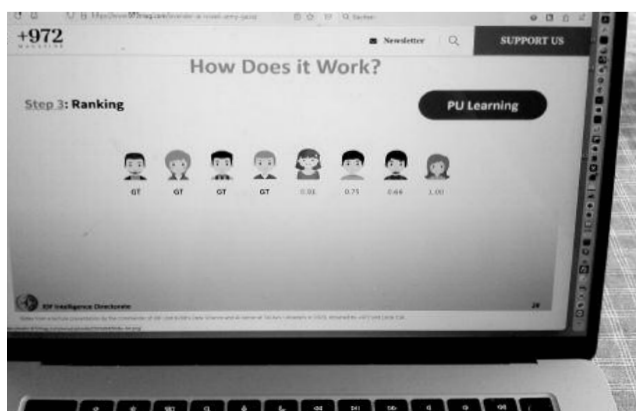
**Israel hat vor allem kurz nach dem 7. Oktober 2023 mithilfe von verschiedenen automatischen Systemen Palästinenser\*innen zur Tötung ausgewählt. Dabei wurden für jedes als unwichtig eingestufte Hamas-Ziel bewusst bis zu 20 Zivilist\*innen getötet. Die Technologie ist da und wird nicht mehr verschwinden. Kämpfen wir dafür, dass auch das internationale Recht nicht verschwindet!** LUKAS BÜRGI

Israel ist wohl das erste Land der Welt, das innert wenigen Wochen Tausende Menschen aufgrund der berechneten Resultate eines Algorithmus ohne weitere Prüfung töten liess. Das verheisst nichts Gutes für die Zukunft. Aber müssen wir uns vor den technologischen Entwicklungen fürchten, oder vor Staaten, die das humanitäre Völkerrecht ad absurdum führen und für einen bestreitbaren militärischen Nutzen massenhaft Zivilist\*innen töten?

### DIE TECHNOLOGIE

Die an die Öffentlichkeit gelangten Informationen über Israels Vorgehen sowie das Wissen über die technischen Möglichkeiten geben relativ gut Aufschluss darüber, wie die eingesetzte Technologie funktioniert. Eine Recherche von +972

*Magazine* ([www.972mag.com/lavender-ai-israeli-army-gaza/](http://www.972mag.com/lavender-ai-israeli-army-gaza/)) hat mindestens zwei Teile von Israels Tötungs-Infrastruktur aufgedeckt: Es gibt ein Werkzeug namens Lavender, das zum Ziel hat, jeder Person eine Wahrscheinlichkeit zuzuordnen, dass sie der Hamas angehört. Ein zweites Werkzeug namens «Where's Daddy?» soll herausfinden, ob ein Familienvater gerade zuhause ist, um dann das ganze Gebäude zu bombardieren. Beide Werkzeuge erheben den Anspruch, Personen zu verfolgen, verfolgen aber eigentlich die Handys der Personen und erkennen nicht sofort, wenn ein Handy an eine andere Person weitergegeben wird. Lavender, genau wie die meisten Werkzeuge dieser Art, gibt kein absolutes Ergebnis aus, sondern einen Wert auf einem Spektrum von wahrscheinlich bis unwahrscheinlich.



Folie aus einer internen Bildungsveranstaltung für Spezialist\*innen der Israel Defence Forces, via +972 Magazine. Die Beschriftung «GT» bezeichnet bekannte Hamas-Mitglieder (linke Hälfte). Die Maschine gibt dann für unbekannte Menschen eine Zahl zwischen 0 und 1 aus (rechte Hälfte), die kleiner ist, je mehr der digitale Fussabdruck dieser Person den Fussabdrücken von Hamas-Mitgliedern ähnelt. Wenn die Zahl unter einem gewissen Grenzwert lag, wurde diese Person zur Tötung freigegeben.

### RECHTSLAGE UND POLITISCHER WILLE

Israel hatte diese Werkzeuge schon lange, setzte diese aber früher dazu ein, um menschliche Analyst\*innen zu unterstützen, die auf der Suche nach hochrangigen Hamas-Kämpfer\*innen waren. In vergangenen Gewaltausbrüchen wurden mutmassliche Kämpfer\*innen dann nach gründlicher Prüfung getötet. Dabei wurden zivile Opfer zwar in Kauf genommen, aber möglichst vermieden. Nach dem 7. Oktober wurden diese Werkzeuge direkt als Quellen von Tötungslisten verwendet. Alle Menschen mit Hamas-Bezug, inklusive Fusssoldat\*innen und Zivilschützer\*innen wurden zur Tötung freigegeben und für jedes rangniedrige, angebliche Hamas-Mitglied wurden bis zu 20 Zivilist\*innen absichtlich getötet. Dabei wurde am Anfang ein Genauigkeitsziel von 90% festgelegt. Umgekehrt heisst das, dass in 10% der Fälle ein Mensch ohne Hamas-Bezug zusammen mit bis zu 20 Zivilist\*innen getötet werden sollte.

Vor jedem Angriff müssen die Kriegführenden deshalb abschätzen, ob die möglichen Folgen für die Zivilbevölkerung noch verhältnismässig sind – verglichen mit dem zu erwartenden unmittelbaren und konkreten militärischen Ergebnis.

– Erklärungen zum Völkerrecht des EDA

Unabhängig von der eingesetzten Technologie und ob diese wie gewünscht funktioniert, sind solche Befehle Kriegsverbrechen, da eine der wenigen bindenden Verpflichtungen des humanitären Völkerrechts mit Füßen getreten wird: das Prinzip der Verhältnismässigkeit.

Bedrohungen aus dem Cyberraum spielen im schweizerischen sicherheitspolitischen Tagesgeschäft eine kleine Rolle. Deswegen widmen wir ihnen auch als GSoA oft wenig Zeit. Aber diese Themen werden mit der Zeit nur an Wichtigkeit gewinnen und es ist unsere Aufgabe als GSoA\*innen, dafür zu sorgen, dass bei der Abwehr dieser Bedrohungen die Menschenrechte und die Völkerrechte im Zentrum stehen! Deswegen veröffentlichen wir bis auf weiteres in der GSoA-Zeitung Lukas' Cyberkolumne, in der sich GSoA-Sekretär Lukas Bürgi jeweils einem Thema aus dem Bereich annimmt. Lukas interessiert sich seit vielen Jahren für die Problematik, so liegt Cyber auch genau auf dem Schnittpunkt zwischen seiner Arbeit bei der GSoA und seiner Ausbildung als Informatiker (BSc ETH Inf.-Ing.).

### AUSBLICK FÜR ISRAEL UND DIE WELT

Die von Israel verwendete Technologie zur Generierung von Tötungslisten benötigt grosse Mengen an Daten, die praktisch nur mit digitaler Massenüberwachung beschafft werden können. Deren Auswertung erfolgt mit Analysewerkzeugen, die weltweit an Universitäten unterrichtet und weiterentwickelt werden, weshalb sich die Verarbeitung solcher Daten kaum unterbinden lässt. Dahingegen kann die Massenüberwachung mit politischen Mitteln und mit technologischen Verbesserungen erschwert und gestoppt werden.

Wichtiger als technologische Massnahmen sind jedoch rechtliche und politische: Kriegsverbrechen müssen verfolgt werden, unabhängig davon, wer sie begeht und mit welchen Hilfsmitteln.

## KRIEG UND FRIEDEN

GAZA

## Krieg in Gaza: Die Schweiz steckt mit Israel unter einer Decke

**In Gaza wurden bereits mehr als 40'000 Personen getötet und 100'000 verletzt, darunter grossmehrheitlich Zivilist\*innen, doch das Bombardieren von Flüchtlingslagern, Krankenhäusern und Schulen geht weiter.** TOBIA SCHNEBLI

Schon am 5. Dezember 2023 sagte die Präsidentin des IKRK, Mirjana Spoljanic, in einem Interview mit dem Westschweizer Fernsehen folgendes: «Was ich in Gaza gesehen habe, kann man nicht beschreiben. Wir müssen den Schutz der Zivilbevölkerung dort garantieren und dürfen nicht die Augen verschliessen vor dem, was nur als moralisches Versagen der internationalen Gemeinschaft beschrieben werden kann.»

Das moralische Versagen ist auch bei der Politik und einem grossen Teil der öffentlichen Meinung in der Schweiz zu finden. Wie lässt sich sonst erklären, dass dieser Krieg gegen Zivilist\*innen mit der Unterstützung von zahlreichen westlichen Ländern, darunter der Schweiz, möglich war?

Vier Tage nach den Angriffen des 7. Oktobers, die ebenfalls schwere Kriegsverbrechen darstellen, schlug der Bundesrat vor, die Hamas als Terrororganisation einzustufen und sie zu verbieten. Am darauffolgenden Tag wurde Bundesrat Ignazio Cassis von der Tageszeitung Le Temps zur Rolle der Schweiz als Mediatorin für ein Ende des Krieges befragt, worauf er antwortete: «Jetzt ist nicht die Zeit der Guten Dienste. Wir sind im Krieg.»

#### VON DER NEUTRALITÄT ZUR MILITÄRISCHEN ZUSAMMENARBEIT

Anfang der 1950er Jahre war die Schweiz, gemessen am Importvolumen, der dritt wichtigste Partner Israels und unterhielt auch mit den benachbarten arabischen Ländern wichtige wirtschaftliche Beziehungen, obschon diese offiziell noch mit Israel im Krieg standen. 1955 entschied

dann die Schweiz, Kriegsmaterialexporte sowohl an Israel, wie auch an dessen Nachbarländer zu verbieten. Dieses Verbot besteht immer noch, wurde aber zwischenzeitlich inhaltlich durch die militärische Zusammenarbeit mit Israel seit den 1970er Jahren ausgehöhlt. Der Krieg von 1967 erzeugte in der Schweiz eine regelrechte euphorische Identifikation mit Israel. Der Mythos des kleinen Landes, das sich dank seiner Armee gegen feindliche Mächte wehren kann, knüpfte beim Mythos der Schweiz an, die sich während des Zweiten Weltkrieges gegen Hitler wehren konnte und die während des Kalten Krieges jederzeit bereit war, dasselbe gegen die Kommunisten zu tun.

Diese Bewunderung für den Sieg Israels 1967 eröffnete den Weg für die militärische Zusammenarbeit mit dem Land. Denn die Schweizer Mirage waren fast dieselben wie diejenigen, mit denen Israel den Kampf gegen die ägyptischen und syrischen Mig gewonnen hatte. In den 1970er und 1980er Jahren entwickelte die Schweizer Armee Piloten- und Informationsaustauschprogramme mit Israel und Südafrika. Während der Austausch mit Südafrika anhand von offiziellen Ermittlungen nach dem Ende des Apartheidregimes dokumentiert wurden, sind diejenigen mit Israel grösstenteils immer noch geheim.

In den 1990er Jahren wurde die militärische Zusammenarbeit ausgeweitet und beinhaltete von da an auch den gemeinsamen Kauf und die gemeinsame Herstellung von Waffen mit Israel, darunter Splitterbomben, Panzermunitionen,

die ersten Drohnen, elektronische Erkennungssysteme und integrierte Feuerleitsysteme.

#### SYSTEMISCHE KOMPLIZENSCHAFT MIT ISRAEL

Der Austausch mit dem militär-industriellen Komplex Israels hat sich in den letzten zwei Jahrzehnten intensiviert, unter anderem mit dem Kauf von mehr als 300 Millionen CHF teuren Drohnen bei der Firma Elbit Systems im Jahr 2015, dem grössten israelischen Hersteller von Waffen- und Überwachungssystemen. 2020 kaufte die Schweiz bei derselben Firma Kommunikationssysteme für die Armee mit einem Wert von 1.7 Milliarden CHF. Die Schweiz wird diese Systeme bis 2035 beziehen und 99 Schweizer Firmen profitieren von den damit verbundenen Kompensationsgeschäften. Am 7. Juni 2024 veranstalteten Aktivist\*innen der «Solidarität mit dem palästinensischen Volk» eine Protestaktion bei Rami Swiss in Courtételle (JU). Diese Aktion beleuchtet die direkte Verbindung dieses Unternehmens mit der Schweizer Tochtergesellschaft von Elbit Systems. Schon 2014 finanzierte Elbit ein Forschungslabor an der ETH Lausanne und heute finanziert das Unternehmen ein Forschungsprojekt der HSG. Global schnellen die Wafenkäufe in die Höhe, und so profitiert auch der Finanzplatz Schweiz von Investitionen in die Waffenindustrie, und so auch in diejenigen Firmen, die Waffen herstellen, um die Bevölkerung in Gaza zu töten. So ist die SNB der 16. grösste institutionelle Investor bei Elbit und auch die UBS und die CS sind in den Top 50.



Armeechef André Blattmann bei seinem Besuch in Israel am 27. und 28. November 2011  
©IDF, Wikimedia, 2011

UKRAINE

## Neutralitäten im Bürgenstock-Test

**Die Bürgenstock-Konferenz Mitte Juni war für die Ukraine ein wichtiger Erfolg. Wäre es nach der Neutralitäts-Initiative der SVP oder nach dem Manifest Neutralität 21 gegangen, hätte es sie gar nicht gegeben. Sie passt aber zu einer solidarischen Neutralität.** JOSEF LANG

Die hauptsächlich von der SVP getragene Volksinitiative, die eine «integrale Neutralität» fordert, steht im Widerspruch zur sicherheitspolitischen Vernunft und zu den universellen Verpflichtungen eines hoch globalisierten Landes. Ihre «bewaffnete Neutralität» ist militärisch und politisch überholt.

#### GELDSACK-NEUTRALITÄTEN

Der SVP geht es um die Wahrung einer Geldsack-Neutralität, die von der Welt möglichst stark profitiert, für letztere aber möglichst wenig Staats- und Konzern-Verantwortung übernimmt. Deshalb war ihr die Bürgenstock-Konferenz zuwider. Das Schweizer Finanz- und Fossil-Kapital hat Putin während 20 Jahren einseitig bevorzugt. Die Sanktionen der letzten beiden Jahre haben unser Land – im Gegensatz zur SVP-Behauptung – neutraler gemacht.

Die meisten Kritiken, die das Ende Mai veröffentlichte Manifest «Neutralität 21» an der SVP-Initiative äussert, treffen zu. Insbesondere wenn es darauf hinweist, dass eine Neutralität, die Aggressoren und Angegriffene gleich be-

handelt, unfair und ungerecht ist. Allerdings bricht das Manifest selber überhaupt nicht mit der Geldsack-Neutralität. So legt es ein grosses Gewicht darauf, die Schweiz im globalen Geschäft mit dem Tod zu halten. Dessen Forderung nach einer Lockerung des Kriegsmaterialgesetzes verschweigt die Tatsache, dass die einzige konkrete Vorlage im Parlament die Lex Saudi ist. Die Bürgenstock-Konferenz bleibt unerwähnt, weil Waffenlieferungen an die Ukraine diese unmöglich gemacht hätten.

Zur Geldsack-Neutralität gehört aber vor allem das Verdrängen der weitaus wichtigsten Schweizer Fragen: Könnte Russland seinen Krieg noch finanzieren ohne die Abermilliarden aus der Schweiz? Könnte es die Ukraine noch mit Raketen und Bombern angreifen ohne die Spezialmaschinen, deren Export die FDP 2016 gegen das Seco durchgesetzt hat? Wie unglaublich die Forderung der Neutralität 21 nach «eigenen» Sanktionen ist, zeigt das Beispiel Pharma. Während der Rohstoffhandel mit Russland zurückgegangen ist, ist das Pharmageschäft richtiggehend explodiert. Hätte die Präsidentin

der Basler Handelskammer das Manifest unterschrieben, wenn dessen «Embargo»-Punkt auch die Pharma meinen könnte?

#### FRIEDENSPOLITISCHE NEUTRALITÄT

Im Unterschied zum Manifest, das die Tatsache, dass «die Neutralität tief verankert» ist, als Problem betrachtet, betrachten wir sie als Chance. Neutralität birgt ein vielfältiges Potenzial für eine aktive und umfassende Friedenspolitik. Die Bürgenstock-Konferenz, dieser erste Schritt auf dem Weg zu einem gerechten Frieden zwischen der Ukraine und Russland, ist ein konkreter Beweis.

Eine friedenspolitische Neutralität geht von ihrer Kompatibilität mit Universalität und Humanität aus. Das schafft eine besondere Verbindlichkeit gegenüber dem Völkerrecht, den Menschenrechten und der UNO. Ein aktuelles Beispiel ist der Vertrag für das Verbot von Atomwaffen. Das Engagement in der UNO muss verstärkt werden mit einer intensiveren Pflege der guten diplomatischen Dienste, mit der Ausweitung des Zivildienstes auf Friedenseinsätze, mit dem Ausbau des Katastrophenhilfekorps, der Entwicklungszusammenarbeit wie auch der Beteiligung an UNO-Missionen. Ein neutrales Land hat eine besondere Glaubwürdigkeit bei der Friedensforschung oder bei der Früherkennung von Konflikten.

Das Naheliegendste, was die Schweiz für

den Frieden auf der Welt leisten kann, ist der Verzicht auf Waffenexporte und Kriegsgeschäfte. Und das existenziell dringendste ist das globale Engagement gegen den Klimawandel. Dieser ist nicht nur das grösste Sicherheitsrisiko. Er hat viel zu tun mit jenen Rohstoffen, die häufig Kriege füttern. Der Bundesrat, dessen Bürgenstock-Konferenz von uns unterstützt wurde, wäre glaubwürdiger, er würde zu dieser Mitverantwortung der Schweiz für Putins Angriffskrieg stehen.

Schweizer Kriegsgewinne für den Wiederaufbau der Ukraine (Foto: VOLLTOLL / Simon Boschi)



SUDAN

## Während die Welt wegschaute

**Auf der Weltbühne spielen sich zahlreiche menschliche Katastrophen ab. Eine davon im Sudan.** NOEMI BUZZI

Im Licht der Weltöffentlichkeit stossen viele Geschehnisse weitgehend auf Gleichgültigkeit. 70% der Geflüchteten kommen aus nur 5 Ländern: Syrien, Ukraine, Venezuela, Afghanistan und Sudan, von denen die meisten in einen schweren bewaffneten Konflikt verwickelt sind. Die internationale Aufmerksamkeit wäre wichtig und notwendig, um humanitäre Hilfe zu gewährleisten und diejenigen, die Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen haben, vor Gericht zu bringen.

Trotz einer eskalierenden humanitären Katastrophe in Sudan ist in den Medien von einem «vergessen Krieg» die Rede. Ein Grund könnte sein, dass es aktuell zahlreiche Krisen und Konflikte auf der Welt gibt, die bei den meisten Menschen emotionale Erschöpfung hervorrufen. Ein anderer, unbarmherziger Ansatz würde es mit einer rassifizierenden Dimension erklären, mit einem weiteren Staat aus dem globalen Süden,

der einem internen Konflikt erliegt, der auf der Liste der westlichen Prioritäten ganz unten steht.

Jene, die über die Mittel verfügen, einzugreifen, um zumindest das humanitäre Recht durchzusetzen, der Zivilbevölkerung die Flucht zu ermöglichen und hoffentlich in naher Zukunft auf eine friedliche Lösung des Konflikts zu drängen – namentlich die UNO und die Afrikanische Union – haben seit mehr als einem Jahr fast nichts unternommen.

Der Ausbruch des Krieges kam zwar plötzlich, aber die Ursachen liegen in der jüngeren Vergangenheit: Im Jahr 2019 wurde der Diktator Omar al-Bashir dank der Zusammenarbeit zwischen der sudanesischen Armee und paramilitärischen Kräften durch einen Militärputsch gestürzt. Es wurde ein Abkommen über die Teilung der Macht zwischen Militär und Zivilist\*innen geschlossen, das dem Land eine Zeit des Übergangs zu einer zivilen Regierung ermöglichen

sollte. Doch schon bald wurde das Abkommen 2021 mit der Ausweisung des zivilen Gegenparts sabotiert. Anfang 2023 eskalierte die Situation schliesslich in einen Machtkampf zwischen den zwei rivalisierenden Militärkräften: Abdel Fattah al-Burhan (Armeegeneral und de facto Gouverneur des Landes) und Mohammed Hamdan Dagalo, bekannt als Hemedti, Kommandeur der paramilitärischen Rapid Support Force (RSF).

Beiden Konfliktparteien werden Kriegsverbrechen und systematische Menschenrechtsverletzungen vorgeworfen, darunter gezielte Angriffe auf die Zivilbevölkerung. Zehntausende haben ihr Leben verloren, mussten fliehen und sind Binnenflüchtlinge, während Hunger und Krankheiten die Bevölkerung heimsuchen, da es fast keine humanitäre Unterstützung oder Hilfe gibt. Die Lage ist unbeständig und chaotisch, mit Gewinnen und Verlusten auf beiden Seiten und ohne erkennbare Frontlinie.

Während die humanitäre Hilfe ständig behindert wird (auch hier wird der Zugang zu Nahrungsmitteln als Waffe im Krieg eingesetzt), floriert der Handel mit Waffen und Rüstungsgütern über die Nachbarländer, während beide Kriegsparteien militärische Unterstützung er-

halten. In einem UN-Bericht vom Januar 2024 wurden glaubwürdige Anschuldigungen erhoben, dass die Vereinigte Arabische Emirate die RSF militärisch unterstützen und damit den Konflikt aktiv anheizen. Laut einer Recherche von Amnesty International werden Waffen und Munition aus Ländern wie China, Russland, Serbien, der Türkei und Jemen in grossen Mengen in den Sudan importiert. Dabei war Russland in der Vergangenheit der grösste Rüstungslieferant des Sudan und macht keinen Hehl aus seinen Ambitionen, in Port Sudan Fuss zu fassen und Zugang zum Roten Meer zu erhalten.

Doch was kann die Schweiz tun? Sie könnte zum Beispiel ihr Engagement für Frieden und Sicherheit im UNO-Sicherheitsrat nutzen als Forderung nach einem Waffenembargo für das gesamte Gebiet des Sudan und im Konflikt involvierte Parteien, nach Sanktionen gegen die Verantwortlichen für schwere Kriegsverbrechen und nach der Entsendung einer Friedensmission. Nicht zuletzt könnte die Schweiz in den Fonds für humanitäre Hilfe der UNO für den Sudan investieren, aus dem bis Ende Juni 2024 nur knapp 17 % des Ziels finanziert werden konnten.

\*Nach Redaktionsschluss ist bekannt geworden, dass Mitte August eine Friedenskonferenz zum Thema Sudan in der Schweiz stattfinden wird.  
<https://www.srf.ch/news/schweiz/gespraech-im-august-schweiz-haelt-sudan-friedenskonferenz-unter-vermittlung-der-usa-ab>

KRIEGSMATERIAL UND EXPORT

## Unrein-Metall: Schmutzige Geschäfte und der feige Bundesrat

**Es ist kaum überraschend, dass die Schweiz immer wieder in Rüstungsgeschäfte mit zweifelhaften Partner\*innen involviert ist: Die rechtlichen Grundlagen für eine konsequente und geradlinige Politik sind schlicht zu löchrig. Und doch überrascht es, wenn der Bundesrat erklärt, was wir alle befürchten.** TIMOTHY OESCH

Als der *Westdeutsche Rundfunk* im März seine Recherchen veröffentlichte,<sup>1</sup> war niemand überrascht: Dokumente zeigen, dass der deutsche Rüstungskonzern «Rheinmetall» auch nach der Krim-Invasion 2014 noch massive Kriegsmaterial-Lieferungen an die russischen «Oboronservice AG» geplant hatte. Weil diese Deals gestoppt wurden, klagte die deutsche Firma damals auf Schadensersatz in der perversen Höhe von 130 Millionen Euro – die Klage scheiterte, doch Rheinmetall hielt daran fest, dass ein geplantes Übungszentrum noch 2014 gebaut werden soll.<sup>2</sup> Nicht 24 Stunden nach der Annexion der Krim-Halbinsel durch Russland forderte das Unternehmen, dass das Übungszentrum für die russischen Truppen weiterhin gebaut wird. Noch im selben Jahr hätte das Zentrum mit einer Ausbildungskapazität von 30'000 Soldaten pro Jahr in Betrieb genommen werden sollen. Solche Absurditäten muss man zuerst mal sacken lassen.

Die Recherchen riefen Marionna Schlatter, Nationalrätin der GRÜNEN Zürich, auf den Plan: In ihrer Interpellation<sup>3</sup> (24.3312) erkannte

sie richtig, dass die Rheinmetall Air Defence AG einen zentralen Produktionsstandort in Zürich besitzt. Sie stellte deshalb dem Bundesrat zwei essentielle Fragen: *Wieso taucht die Oboronservices AG nicht auf Schweizer Sanktionslisten auf? Bewilligt der Bundesrat Ausfuhrsuche für Unternehmen, auch wenn diese mit Ländern zusammenarbeiten, welche völkerrechtswidrige Angriffskriege beginnen?* Die Antworten unserer Landesregierung lassen das Blut in meinen Adern gefrieren.

Das Fazit zu Frage 1: «Das Embargogesetz bietet keine Rechtsgrundlage für den Erlass von eigenständigen Sanktionen durch die Schweiz», und weil die Oboronservices AG nicht von der EU sanktioniert wird, gäbe es keine Möglichkeit, diese Firma eigenständig zu sanktionieren. Man lasse sich diese Aussage nochmals auf der Zunge zergehen: *Einer der staatlichen Rüstungskonzerne Russlands wird von der Schweiz nicht sanktioniert, weil er nicht auf Sanktionslisten der EU, der UNO oder der OSZE erscheint.*

So beschämend und absurd diese Aussage sein mag, so ist die Antwort auf Frage 2 fast

haarsträubender: Zwar erklärt der Bundesrat, dass die Ausfuhr von Kriegsmaterial und besonderen militärischen Gütern seit 2014 nicht mehr zulässig sei, doch: «Zulieferungen vor dem 27. August 2014 von Gütern aus der Schweiz [...] können nicht ausgeschlossen werden». Bei der Beurteilung solcher Ausfuhrgesuchen würden die «einschlägigen Kriterien der Kriegsmaterial-, Güterkontroll- und Embargogesetzgebung» berücksichtigt. Das Kriegsmaterialgesetz hält dazu fest, dass «das Verhalten des Bestimmungslandes gegenüber der Staatengemeinschaft, namentlich hinsichtlich der Einhaltung des Völkerrechts» relevant sei. Ein Blick in die Statistik zeigt jedoch: Dieser Gummiparagraph scheint nicht das erwünschte Ziel zu haben. Selbst im Jahr 2014, sprich im Jahr, in dem Putin die Krim einnahm, erteilte die Schweiz noch immer Exportbewilligungen für sage und schreibe 91 Millionen Schweizer Franken.<sup>4</sup> Dazu gehört namentlich eine halbe Million Franken an Hand- und Faustfeuerwaffen. Man stelle sich vor, wozu diese eingesetzt wurden.

Während ein überparteiliches Komitee im Manifest «Neutralität 21» fordert, dass das «restriktive Kriegsmaterialgesetz» gelockert werden soll,<sup>5</sup> müssen wir als GSoA eine dediziert gegensätzliche Position einnehmen: Die Zahlen zeigen, dass selbst dann, wenn ein Land einen

völkerrechtswidriger Angriff offensichtlich vorbereitet – und wer behauptet, dass dies im Falle Russlands 2014 nicht der Fall war, verschliesst vor der Realität die Augen – die Eidgenossenschaft kein Problem darin sieht, diesem Staat munter Kriegsmaterial zu verkaufen. Was wir benötigen, ist keine laschere Gesetzgebung, um Kriegsmaterial auch in die Ukraine verschiffen zu dürfen. Um es in den Worten von Michail Gorbatschow auszudrücken: *Die Schweiz bedarf Glasnost.* Wir dürfen uns nicht weiter auf der Geldsackneutralität ausruhen und dabei zusehen, wie Kriegsmaterial aus der Schweiz einen Völkerrechtsfeind wie Putin aufrüstet. Wir müssen unsere Ressourcen dafür einsetzen Kriegsgeschäfte mit Putin und Konsorten aufzuspüren und zu verbieten. Und wir müssen mit mutigen Schritten vorangehen, denn: Die Geschichte wird uns auf die Finger schauen.

<sup>1</sup> [www.tagesschau.de/investigativ/wdr/rheinmetall-russland-streitkraefte-100.html](http://www.tagesschau.de/investigativ/wdr/rheinmetall-russland-streitkraefte-100.html)

<sup>2</sup> [www.tagesschau.de/wirtschaft/rheinmetall-ts-104.html](http://www.tagesschau.de/wirtschaft/rheinmetall-ts-104.html)

<sup>3</sup> [www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaefte?AffairId=20243312](http://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaefte?AffairId=20243312)

<sup>4</sup> [kriegsmaterial.ch/jy/RU/kb/2010/2021/v/10/1](http://kriegsmaterial.ch/jy/RU/kb/2010/2021/v/10/1)

<sup>5</sup> [suisse-en-europe.ch/neutralitaet-21](http://suisse-en-europe.ch/neutralitaet-21)

# DIE LETZTE

GASTARTIKEL

## Welche und wessen Sicherheit?

**Frieda – die feministische Friedensorganisation**

LISA JOANNE BISSEGER (PROGRAMMVERANTWORTLICHE FEMINISTISCHE FRIEDENSPOLITIK)

Feministische Friedenspolitik, wie Frieda sie versteht, hat nicht zum Ziel, dass Frauen Führungspositionen in der Armee oder in Rüstungskonzernen einnehmen, oder auf andere Weise ein patriarchales, militarisiertes und kapitalistisches System mitunterstützen. Feministische Friedenspolitik will stattdessen jegliche Form der direkten, strukturellen und kulturellen Gewalt bekämpfen. Sie legt einen starken Fokus auf die geschlechtsspezifische Dimension dieser

Gewalt. Auch analysiert sie das Zusammenwirken von Sexismus, Rassismus, Militarismus, Kapitalismus und Imperialismus. Denn nur so können die gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Machtverhältnisse in den Blick genommen werden, die unsichere Gesellschaften schaffen.

Feministische Friedenspolitik orientiert sich konsequent an einem auf die Bedürfnisse von Menschen ausgerichteten Sicherheitsverständ-

nis. Sie grenzt sich damit klar von einem rein nationalstaatlichen, militärischen Sicherheitskonzept ab, das sich auf patriarchale Herrschaftsverhältnisse stützt. Das Schützen des Staates sowie seiner Territorien und Ressourcen gewährleistet noch keinen Schutz für die darin lebenden Menschen. Im Verständnis der feministischen Friedenspolitik muss der Schutz von Individuen, aber auch ein nachhaltiger Umgang mit natürlichen Ressourcen im Mittelpunkt stehen. Denn weder eine massiv aufgerüstete Armee noch Atomwaffen schaffen eine umfassende Sicherheit. Im Gegenteil. Sie stehen der Sicherheit von uns allen diametral entgegen. Aus diesem Grund unterstützt Frieda die wichtige und kürzlich lancierte Volksinitiative für

die Unterzeichnung des Atomwaffenverbotsvertrags und engagiert sich weiterhin für eine gewaltfreie Gesellschaft für alle.

# FRIEDA

Die feministische Friedensorganisation

/ ehemals cfd

### Mithilfe beim Archiv

Könntest Du dir vorstellen, beim Hochladen alter Zeitungsartikel auf die GSoA-Webseite zu helfen? Vor dem Jahr 2007 hat das GSoA-Archiv noch grosse Lücken. Es wäre schade, wenn die alten Zeitungsartikel irgendwann verloren gehen würden, aber das Sekretariat hat nur wenig Zeit für eine solche Fleissaufgabe ohne unmittelbaren politischen Nutzen. Von einigen Zeitungen muss noch ein Papier-Exemplar gescannt werden, bei anderen Ausgaben könntest Du von zuhause aus die Artikel in die Webseite einordnen, sodass sie besser gefunden werden können.

Melde Dich bei Interesse bei Lukas – [lukas@gsoa.ch](mailto:lukas@gsoa.ch)

### Au revoir, Kilian!

Ende März dieses Jahres hat **Kilian Bello** das Seki in Genf nach mehr als einem Jahr verlassen. Das Sekretariat und die Koordination danken ihm herzlich für sein Engagement und seine Motivation in diesem intensiven Jahr voller Projekte und politischer Aktivitäten. Dank Kilian konnten vielerlei Veranstaltungen in Genf stattfinden, wie eine Gedenkveranstaltung zum 9. November 1932, als die Armee Demonstrierende anschoss und dreizehn davon tötete oder eine Gedenkveranstaltung zur Bombardierung von Hiroshima und Nagasaki 1945. Bei alledem konnte die GSoA auf das aktive Mitdenken von Kilian zählen. Nicht unerwähnt bleiben darf auch seine minutiöse Arbeit bei der Soldatenberatung. Das Zuhören und die Hilfe sind sehr wichtig für diejenigen, die keinen Militärdienst leisten möchten. Dieses Engagement brachte Kilian bis nach Bellinzona, wo er den Prozess der Klimastreikenden, die zum Militärstreik aufgerufen hatten, genau mitverfolgte und begleitete! Wir wünschen Kilian alles Gute für seine weiteren Projekte und sind sehr glücklich, dass er uns bei der Unterschriftensammlung für unsere neue Initiative erhalten bleibt.

**GREGOR,**  
das glückliche Gewehr



## Bestelltalon GSoA-Material

Anzahl	Bezeichnung	Frau/Mann	Grösse	Einzelpreis	Total
	Peace-Button			Fr. 1.-	
	T-Shirt Waffenvernichtungsmasse	<input type="radio"/> F <input type="radio"/> M	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	Fr. 28.-	
	T-Shirt «If war is the answer...»	<input type="radio"/> F <input type="radio"/> M	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	Fr. 28.-	
	Pullover «If war is the answer...»	<input type="radio"/> F <input type="radio"/> M	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	Fr. 35.-	
	T-Shirtf «war is the answer...»	<input type="radio"/> F <input type="radio"/> M	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	Fr. 28.-	
	T-Shirt «Stopp Kampfjets!»	<input type="radio"/> F <input type="radio"/> M	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	Fr. 28.-	
	T-Shirt «Gregor»	<input type="radio"/> F <input type="radio"/> M	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	Fr. 28.-	
	«Gregor»-Feuerzeug			Fr. 2.-	
	GSoA-Sackmesser			Fr. 25.-	
	Friedensfahne	<input type="checkbox"/> PACE <input type="checkbox"/> PEACE <input type="checkbox"/> Shalom-Salaam		Fr. 12.-	
	Stickers			kostenlos	
	Sticker Antimilitaristisches Manifest	10 Stck.		Fr. 2.-	
	Jasskarten	<input type="checkbox"/> de Set <input type="checkbox"/> fr Set		Fr. 5.-	
	Feldpost-Päckli			Fr. 60.-	
	Jubiläums-T-Shirts 40-Jahre GSoA:				
	Stop the Army	unisex	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	Fr. 20.-	
	Defend Earth, End War	unisex	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	Fr. 20.-	
	Defund Military, Cultivate Peace	unisex	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	Fr. 20.-	
	Versandkostenanteil			Fr. 5.-	
	Ich werde GSoA-Mitglied	<input type="checkbox"/> Verdienende Fr. 100.-	<input type="checkbox"/> Nichtverdienende Fr. 50.-		
	Spende	<input type="checkbox"/> Fr. _____	<input type="checkbox"/> Fr. 50.- <input type="checkbox"/> Fr. 20.- <input type="checkbox"/> Fr. 10.-		
	Ich will aktiv mitmachen: Kontaktiert mich	<input type="checkbox"/>			
	Rechnungsbetrag				

Name \_\_\_\_\_

Vorname \_\_\_\_\_

Strasse/Nr. \_\_\_\_\_

PLZ/Ort \_\_\_\_\_

Tel. \_\_\_\_\_

E-Mail \_\_\_\_\_

Bestellung: GSsA, CP 151, 1211 Genève 8, [www.gsoa.ch/shop](http://www.gsoa.ch/shop)